

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	V
Einführung.....	1
A. <i>Gang der Untersuchung</i> .....	1
I. Ausgangslage.....	1
II. Ziel und Verlauf dieser Arbeit.....	4
B. <i>Begrifflichkeiten</i> .....	5
I. Formelle Beweislast.....	5
II. Materielle Beweislast.....	7
III. Beweismaß.....	9
Erster Teil: Der Untersuchungsgrundsatz als Ausgangspunkt für Verwaltungsverfahren und Verwaltungsprozess .....	11
A. <i>Unterscheidungskriterium zu anderen Verfahrensarten</i> .....	12
B. <i>Sinn und Zweck des Untersuchungsgrundsatzes</i> .....	18
I. Im Verwaltungsverfahren.....	18
II. Im Verwaltungsprozess.....	22
III. Wahrheitsfindung durch Amtsermittlung .....	25
C. <i>Inhalt und Umfang des Untersuchungsgrundsatzes</i> .....	27
I. Im Verwaltungsverfahren.....	28
1. Der zu ermittelnde Sachverhalt.....	28
2. Kooperative Amtsermittlung.....	30
3. Beweismaß und freie Beweiswürdigung .....	32
II. Im Verwaltungsprozess.....	34
1. Die zu ermittelnden Tatsachen.....	34

2. Beweismaß und freie Beweiswürdigung .....	36
 Zweiter Teil: Materielle Beweislasten im Verwaltungs- verfahren und Verwaltungsprozess .....	39
<i>A. Heranziehung der allgemeinen Regeln des Zivilrechts zur Verteilung der materiellen Beweislast</i> .....	40
I. Das Normbegünstigungsprinzip des Zivilrechts .....	40
II. Übertragbarkeit auf das Öffentliche Recht .....	41
<i>B. Die Grundsätze der Verteilung der materiellen Beweislast im Öffentlichen Recht</i> .....	50
I. Die Verteilung der materiellen Beweislast im Gesetz .....	50
II. Das Verhältnis zwischen Staat und Privaten .....	53
III. Behördliche und gerichtliche Beweislastentscheidungen .....	55
1. Beweislastentscheidungen imungsverfahren .....	55
2. Auswirkung auf die Entscheidung der Gerichte .....	56
a) Gerichtliche Kontrollrichte .....	56
b) Ermittlung der materiellen Beweislastverteilung im Prozess .....	57
IV. Verteilung der materiellen Beweislast nach Interessens- konstellation .....	58
1. Abwehr staatlicher Maßnahmen .....	60
a) Eingriffsverwaltung .....	60
b) Materielle Beweislastverteilung bei der Ungewissheit über Tatbestandsmerkmale .....	61
aa) Entscheidungsregel des § 113 VwGO .....	61
bb) Klageart und Parteirolle .....	63
cc) „In dubio pro libertate“ und „in dubio pro auctoritate“ .....	66
dd) Rechtsfolgenabwägung .....	69
ee) Rechtfertigungsbedürftigkeit von Eingriffen .....	73
ff) Unionsrechtskonforme Auslegung .....	77
c) Rechtsfolgenseite: Gebundene Entscheidung oder Ermessen .....	78
d) Zwischenergebnis .....	81
2. Leistungen des Staates .....	81
a) Leistungsverwaltung .....	81
b) Materielle Beweislastverteilung bei der Ungewissheit über Tatbestandsmerkmale .....	83

aa) Unterscheidung zwischen rechtsbegründenden und rechtsvernichtenden, rechtshindernden und rechtshemmenden Tatsachen .....	83
bb) Präventives Verbot mit Erlaubnisvorbehalt und Repressives Verbot mit Befreiungsvorbehalt .....	84
cc) Regel-Ausnahme-Prinzip .....	89
dd) Sphärentheorie .....	91
ee) Schutzauftrag des Staates .....	95
c) Rechtsfolgende: Gebundene Entscheidung oder Ermessen .....	96
d) Zwischenergebnis .....	98
3. Aufhebung von Verwaltungsakten .....	99
4. Dreieckskonstellationen .....	105
5. Verfahren außerhalb der klassischen Leistungs- und Eingriffsverwaltung .....	107
a) Vertragliche Beziehung zwischen Behörde und Bürger .....	107
b) Sonderrechtsverhältnisse .....	109
6. Zusammenfassung zur Verteilung der materiellen Beweislast .....	111
<i>C. Die Beweislastumkehr im Öffentlichen Recht .....</i>	<i>115</i>
I. Möglichkeiten einer Beweislastumkehr .....	115
1. Gesetzliche Beweislastregeln .....	115
2. Tatsächliche Vermutungen und Anscheinsbeweis .....	117
3. Rechtsfortbildung .....	118
II. Fallkonstellationen der zivilgerichtlichen Beweislastumkehr auch bei den Verwaltungsgerichten? .....	119
1. Beweisschwierigkeiten .....	119
2. Beweisvereitelung .....	121
3. Verletzung von Berufspflichten .....	125
III. Nichtexistenz einer „Beweislastumkehr“ im Öffentlichen Recht ..	129
IV. Umkehr der materiellen Beweislast im Verwaltungsverfahren .....	132
V. Zusammenfassung .....	132
<i>D. Exkurs: Das Zusammenspiel von exekutiven Beurteilungsspielräumen und Einschätzungsprärogativen und der materiellen Beweislast ...</i>	<i>133</i>
I. Die naturschutzfachliche Einschätzungsprärogative als Beispiel exekutiver Letztentscheidungsbefugnisse .....	133
II. Das Ende der naturschutzfachlichen Einschätzungsprärogative: Der „Rotmilan-Beschluss“ des BVerfG vom 23.10.2018 .....	135
III. Fehlende Auseinandersetzung mit der materiellen Beweislastfrage im Rotmilan-Beschluss .....	137

IV. Das Verhältnis von behördlichen Letztentscheidungs- befugnissen und der materiellen Beweislast .....	141
 Dritter Teil: Formelle Beweislasten in Verfahren mit Untersuchungsgrundsatz .....	143
<i>A. Generelle Unvereinbarkeit formeller Beweislasten mit dem Untersuchungsgrundsatz? .....</i>	143
<i>B. Grenzen, Aufweichungen und Modifikationen des „reinen“ Untersuchungsgrundsatzes .....</i>	147
I. Faktische Erkenntnisgrenzen.....	147
II. Rechtliche Grenzen .....	149
1. Im Verwaltungsverfahren .....	149
a) Ermessen bzgl. Art und Umfang der Sachverhaltsermittlung.....	149
b) Vermutungsregeln .....	154
c) Öffentlich-rechtlicher Vertrag .....	155
d) Mitwirkungslasten.....	156
aa) Reichweite.....	156
bb) Folgen der Nichtbeachtung .....	159
cc) Auswirkungen auf die Amtsermittlung .....	163
2. Im Verwaltungsprozess.....	171
a) Erforderlichkeit und Zumutbarkeit der Amtsermittlung.....	171
b) Vermutungsregeln und Anscheinsbeweis .....	177
c) Beurteilungsspielräume der Verwaltung .....	178
d) Mitwirkungslasten.....	179
aa) Reichweite.....	179
bb) Folgen der Nichtbeachtung .....	184
cc) Auswirkungen auf die Amtsermittlung .....	186
III. Wissensgenerierung in der Praxis.....	190
1. Parteien als Wissensträger .....	190
a) Im Verwaltungsverfahren .....	190
b) Im Verwaltungsprozess .....	191
2. Übernahme von Verwaltungsermittlungen.....	193
a) Konkrete Übernahme behördlicher Ermittlungen .....	193
b) Beweiserhebungen bei den Gerichten.....	195
c) Die Rolle der Behördenakten .....	196
 C. Formelle Beweislasten im System des Untersuchungsgrundsatzes .....	198

I.	Formelle Beweislast auch im Öffentlichen Recht.....	198
1.	Vereinbarkeit mit dem Untersuchungsgrundsatz.....	199
a)	Mitwirkung als Schnittstelle zwischen Untersuchungsgrundsatz und formeller Beweislast.....	199
aa)	(Unbewusste) Implementierung formeller Beweis- lasten in das Verwaltungsrecht.....	200
bb)	Faktische Dimension der Mitwirkung.....	202
cc)	Verknüpfung von Dispositions- und Untersuchungsgrundsatz .....	205
b)	Einschränkung gegenüber dem zivilrechtlichen Verständnis der formellen Beweislast.....	206
2.	Abgrenzung zur Darlegungs-, Behauptungs-, Argumentations- und Substantiierungslast.....	210
3.	Vorschlag zur Anpassung des Begriffs der formellen Beweislast .....	218
4.	Verteilung der formellen Mitwirkungslast im Öffentlichen Recht .....	222
a)	Gesetzlich angeordnete Verteilung .....	222
b)	Allgemeine Verteilung .....	223
II.	Praktische Auswirkungen der Geltung formeller Mitwirkungslasten im Öffentlichen Recht.....	225
1.	Im Verwaltungsverfahren .....	225
2.	Im Verwaltungsprozess.....	226
D.	Exkurs: Vorläufiger Rechtsschutz.....	228
	Schluss.....	231
A.	Thesen.....	231
I.	Materielle Beweislast.....	231
II.	Formelle Mitwirkungslast .....	233
B.	Ausblick .....	235
	Literaturverzeichnis.....	239
	Sachregister.....	255